

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1411/2018
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 24.08.2018	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim	Kenntnisnahme	04.09.2018	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zum geplanten Umbau des Knotenpunktes An der Bruchspitze/Karlsbader Straße/Möldersstraße im Rahmen der Schulwegsicherheit

Mainz, 27.08.2018
In Vertretung

gez. Beck

Günter Beck
Bürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachstandsbericht:

Nach dem tragischen Tod eines Grundschulers in Gonsenheim Ende 2015 wurde auch die Situation im Umfeld der Gleisbergschule eingehend betrachtet. Hierbei ergab sich -nicht zuletzt wegen der deutlich gestiegenen Zahl an Schulkindern im Baugebiet Gonsbachterrassen- eine Problematik bei der Querung der Straße An der Bruchspitze und der in Mittellage liegenden Straßenbahngleise.

Wie bekannt, hat die Verwaltung verschiedene kurzfristig machbare Maßnahmen ergriffen, so z.B. eine technische Vorrichtung, mit der herannahende Straßenbahnen die Freigabe des Fußgängersignals so beeinflussen können, dass Fußgängerpuls den gesamten Bereich in einem Zug queren können. Darüber hinaus sind weitere markierungs- und signaltechnische Maßnahmen umgesetzt worden, z.B. eine Sperrfläche an der Eckausrundung An der Bruchspitze/Möldersstraße sowie eine nochmalige Verlängerung der Fußgängerfreigabezeiten. Zudem fand eine Begehung zur Festlegung von „Gelbe Füße“-Markierungen statt, die in Kürze in Angriff genommen werden.

Bereits vor längerer Zeit bestand Konsens, dass die bislang ergriffenen Maßnahmen nur einen Zwischenschritt zur Herstellung einer dauerhaft zufriedenstellenden Lösung sein können. Die Verwaltung hatte zu diesem Zweck eine Planung für die Umgestaltung des gesamten Knotenpunkts An der Bruchspitze/Karlsbader Straße/Möldersstraße in Auftrag gegeben. Nach einem längeren Abstimmungsprozess liegt nun die ausführungsfähige Planung vor. Die Verwaltung bedauert den langen Zeitbedarf für den Planungsprozess, der zum einen durch Erkrankung bzw. personelle Wechsel in der Sachbearbeitung begründet war, andererseits aber auch durch ein sinnvolles Anliegen der MVG zur Verbesserung der Barrierefreiheit am Haltestellenbahnsteig entstand. Zudem wollen die Mainzer Netze Synergien bei den Bautätigkeiten nutzen, um Leitungen mitzuverlegen.

Für den ersten Teilabschnitt des Umbaus der Straßenbahnhaltestelle und der Querungsfurten will die Verwaltung einen Zeitraum mit Schienenersatzverkehr nutzen, der sich aufgrund von Brückenbauarbeiten in der Hattenbergstraße im März 2019 ergibt. Im Rahmen dieses Schienenersatzverkehrs sieht die Stadt die Möglichkeit, eine vorübergehende Querung der Straße An der Bruchspitze auf der gegenüberliegenden Seite der Kreuzung einzurichten. Hierdurch würde vermieden, dass die Schulkinder durch das Baufeld laufen müssen. Der zeitliche Ablauf der weiteren Maßnahmenschritte wird zurzeit gemeinsam mit der Baustellenkoordinierungsstelle der Stadt ausgearbeitet.

In der Anlage ist der zur Ausführung vorgesehene Planungsstand dargestellt. In den Grundüberlegungen entspricht er der Vorplanung, wie sie dem Ortsbeirat bereits bekannt ist. Wesentliche Elemente waren und sind hierbei:

- bauliche Vergrößerung der Aufstellbereiche zwischen Fahrbahn und Straßenbahngleise
- Einengung der Einmündung Karlsbader Straße
- im Endzustand Vollsignalisierung des Knotenpunktes

Besonders hingewiesen sei auf die durch die MVG angeregte Maßnahme zur Verbreiterung des vorderen Bahnsteigbereichs der stadteinwärtigen Straßenbahnhaltestelle. Derzeit verjüngt sich der Bahnsteigbereich stetig und weist an der ersten Einstiegstür deutlich weniger als die empfohlenen 2,50 m auf. Durch Versetzen des Bordes wird dieses Maß über den gesamten Bahnsteigbe-

reich gewährleistet. Selbstverständlich werden in diesem Zuge auch die taktilen Leitelemente für Blinde und Sehbehinderte vorgesehen.

Durch das Versetzen des Bordes wird die bislang an dieser Stelle überbreite Fahrbahn optisch gefasst und erhält einen leichten Verschwenk, wodurch sich die Verwaltung eine Geschwindigkeitsdämpfung erhofft. Gleichzeitig kann dadurch der Radverkehr in einer Art Schleuse für den Kfz-Verkehr gut wahrnehmbar in den weiteren Straßenabschnitt geführt werden.

Der Ortsbeirat wird um Kenntnisnahme der Ausführungsplanung gebeten.